

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 40/018/2011

Ausschuss für Schule und Kultur am 12.05.2011

Zu Punkt 11: Anfrage der SPD-Fraktion vom 27.04.2011 - Zukunft der Kompetenzagenturen

Im Rahmen der von der SPD-Fraktion gestellten Anfrage erläutert die Verwaltung den Sachstand bezüglich der eventuellen Fortführung der Kompetenzagentur Kreis Mettmann. Ohne einer politischen Entscheidung vorzugreifen, hat sich die Verwaltung Frist während am Interessenbekundungsverfahren der ESF-Regiestelle beteiligt. Dort wird ab 20.05.2011 entschieden, welche Träger ausgewählt werden, einen Antrag auf Förderung für den verbleibenden Projektzeitraum vom 01.09.2011 – 31.12.2013 zu stellen. Bereits jetzt ist bekannt, dass nur etwa 200 der bisherigen rund 400 Projektträger von „Kompetenzagenturen“ bzw. „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ einen Zuschlag erhalten werden.

Am 19.05.2011 findet eine Besprechung mit den Schul- und Sozialdezernenten der Städte statt, um eine gemeinsame Position abzustimmen, welche Konsequenzen sich aus den geänderten Förderbedingungen ergeben.

Die neuen Förderbedingungen sehen insbesondere eine Deckelung der maximalen Fördersumme vor. Demnach könnten zukünftig nur noch 12 statt bisher 18 sozialpädagogische Fachkräfte finanziert werden. Gleichzeitig wird der Betreuungsschlüssel von sozialpädagogischer Fachkraft zu betreuten Jugendlichen auf eine Quote von 1:40 bis 1:50 erhöht. Der Einsatz von Verwaltungskräften wird nicht mehr förderfähig sein. Hinzu kommt, dass eine Kofinanzierung durch das Jobcenter ME aktiv (bisher 20% der Gesamtkosten) ab dem 01.01.2012 nicht mehr zulässig ist.

Bei leicht sinkenden Kostenanteilen für den Kreis Mettmann könnte nur noch etwa die Hälfte des Leistungsangebotes aufrecht erhalten werden.

Für den 09.06.2011 ist eine gemeinsame Sondersitzung zur Zukunft der Kompetenzagentur zusammen mit dem Sozialausschuss geplant, sofern der Kreis Mettmann aufgefordert wird, einen Förderantrag zu stellen und sich die Städte für eine Weiterführung in verringertem Umfang aussprechen.

Der Ausschuss äußert seine Kritik an den massiven Einschnitten an dem Förderprogramm seitens des Bundes. Auch im Sozialausschuss wurde festgestellt, dass besonders für Jugendliche mit Migrationshintergrund ein großer Bedarf an Unterstützungsangeboten, wie sie die Kompetenzagentur leistet, besteht.

Frau Haase betont, dass alternative Konzepte vereinbart werden sollten, um der Zielgruppe dauerhafte Hilfestellungen anzubieten. Wünschenswert wäre, gemeinsam mit den Städten eine kreisweite Handlungsstrategie entwickeln zu können.

Herr Tondorf und Herr Gödde regen an, mit solchen Überlegungen umgehend zu beginnen und die Erkenntnisse der erfahrenen Mitarbeiter/innen der Kompetenzagentur zu nutzen.